

EINGEGANGEN 26. Juni 2008



CDU

Kreistagsfraktion Uckermark

Antrag

Datum: 26.6.2008

Titel: Rechtsmittel gegen Entscheidung des Staatlichen Schulamtes – Version 2 -

Antrag zum Kreistag am 2.7.2008

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, gegen den Bescheid des Staatlichen Schulamtes vom 29. April 2008 erneut keine Klassen der Jahrgangsstufe 7 einzurichten fristwährend den verwaltungsrechtlichen Klageweg im Eilverfahren zu beschreiten.

Begründung:

Das Staatliche Schulamt hat entschieden keine neuen Klassen der Jahrgangsstufe 7 an der „Friedensschule“ in Gartz einzurichten. Diese Entscheidung ist für den Landkreis Uckermark als Träger dieser Oberschule nicht zu akzeptieren, da sie die von der Landesregierung neu gefassten Rahmenbedingungen nicht berücksichtigt.

Das Staatliche Schulamt begründet die Nichteinrichtung neuer Klassen der Jahrgangsstufe 7 damit, dass sich in diesem Jahr weniger als 24 Schüler für die „Friedensschule“ angemeldet haben. Es erkennt aber die vom Bildungsminister verkündete zusätzliche Ausnahmeregelung, dass auch dieser Wert unterschritten werden kann, wenn im darauf folgenden Schuljahr diese Mindestzahl erreicht werden kann. Dies ist in Gartz der Fall. Denn von den im Amtsbereich Gartz gemeldeten 46 Schülern der übernächsten Jahrgangsstufe 7 werden nach Befragungen der Eltern ca. 25 bis 29 Schüler ihre Anmeldung für die „Friedensschule“ abgeben.

In Potsdam werden also vom Minister persönlich die neuen Regelungen verkündet auf die sich die große Koalition verständigt hat und das staatliche Schulamt vollstreckt weiter das alte Recht. Dies ist ein Rechtswiderspruch der dringend der gerichtlichen Klärung und Entscheidung bedarf.

Es wird insgesamt deutlich, dass das Staatliche Schulamt offensichtlich politisch motiviert jetzt schnell Tatsachen schaffen möchte, um im Jahr 2009 die vom Minister gemachten Versprechungen zum Erhalt der Landoberschule in Gartz nicht mehr einhalten zu müssen.

Henryk Wichmann
Fraktionsvorsitzender